

Bezugsbedingungen und Anzeigenverträge
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Verlagsdruck: Dönhoff 292-293
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenverwaltung
Grafstr. 17/18 - 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW 68, Cindendstraße 3
Verlagsdruck: Dönhoff 290-291

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ministerkrise in Württemberg.

Regierung Sieber-Bolz zurückgetreten.

Stuttgart, 5. April. (M.) In der heutigen Sitzung des Landtags erklärte die württembergische Regierung ihren Rücktritt, da ein vom Zentrum eingebrachter Antrag die Entscheidung über den Abbau der Oberämter erst nach den Wahlen zu treffen, von der Rechten unterstützt, mit Stimmeneinheit angenommen wurde.

Stuttgart, 5. April. (M.) In der heutigen Landtagsitzung wurde ein Zentrumsantrag, nach dem der Vollzug der Verordnungen über die Aufstellung von sieben Oberämtern und des Landratsamts erst bis zum 15. Juni verschoben werden soll, mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen. Darauf erklärte Staatspräsident Sieber für sich und für den Finanzminister den Austritt aus der Regierung. Dieser Erklärung schlossen sich der Minister des Innern und der Justizminister an. Die nächste Sitzung des Landtags findet Dienstag vormittags statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Staatspräsidenten.

Die Vorlage, über die Sieber-Bolz schließlich stolperten, ist seit längerer Zeit schon Gegenstand heftigster politischer Auseinandersetzungen. Die Regierung hatte in ihrem Reformprogramm eine „große Staatsvereinfachung“ angekündigt. Jedoch ist nicht viel mehr davon übrig geblieben, als die Aufhebung von vier Kreisregierungen — etwa preussische Regierungsbezirke. Aber schon im Jahre 1911 hatte das Ministerium

Beizäder-Fleischauer eine Neuaufteilung des Landes und die Einsparung von 20 Oberamtsverwaltungen (etwa preussische Landratsämter entsprechend) vorgelesen. Die von Zentrum und Demokraten gemeinsam gebildete Regierung Sieber-Bolz stand aber bisher schon so stark unter dem politischen Druck der Rechten, daß der Zentrumsführer Bolz es nur noch wagte, den Abbau von sieben Oberämtern auf dem Verordnungswege vorzunehmen. Es sind dies Blaubeuren, Brackenheim, Reesheim, Spaichingen, Sulz, Weinsberg und Weizheim. Die als sicher vorausgesetzte Aufhebung des Oberamts Tübingen ist in Anbetracht dessen, daß es sich dort um eine Zentrumsdomäne handelt, nicht erfolgt. Mit diesem Vorgehen der Regierung war nun keine Partei zufrieden. Die Sozialdemokratie wünscht eine weitgehende, den finanziellen und organisatorischen Bedürfnissen entsprechende Neuaufteilung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung. Die Bürgerlichen jedoch lehnten das Entem, von dem einmal im Reichstag das schöne Wort geprägt wurde, „man müsse dem Hundeschwanz das Lebenslicht stückweise ausblasen“. Aber selbst der unzulängliche Versuch des Zentrumsministers Bolz ist dem Zentrum und den Deutschen Nationalen schon zu weitgehend. Sie bringen durch ihren Rechtsblock das Kabinett und damit auch ihre eigenen Vertrauensleute im Ministerium zu Fall. Vielleicht wollen sie noch vor der Wahl eine reine Rechtsregierung bilden.

Die bayerischen Prozeßwahlen.

F. B. München, 4. April.

Am 6. April wählt das bayerische Volk einen neuen Landtag. Man sollte meinen, daß ihm diesmal die Entscheidung leichter falle als je; denn die Bilanz der Regierungspolitik des verstorbenen Landtags ist in ihren Ergebnissen so eindeutig und einfach zu durchschauen, daß für jeden, der nicht in ganz engen Parteibanden befangen ist, diese Wahl nichts anderes sein kann als die Abrechnung mit den bayerisch-volksparteilich-deutschnationalen Regierungsmethoden. Am Anfang dieser sogenannten vaterländischen Regierungskunft stand ein großes phrasenreiches Lippenbekenntnis zur Politik der Mitte, der liberalsten Demokratie und der freiesten Volksgemeinschaft, am Ende aber eine noch nie dagewesene Zerstörung des ganzen Volkes, Haß gegen Haß und tiefer sozialer und politischer Unruhe. Der Weg zu diesem trostlosen Ende ist überreich an Marksteinen brutaler Unterdrückung. Die Staatsautorität wurde nicht aufgerichtet im Geiste des modernen Rechtsstaates, sondern nach den Ideen des reaktionären Absolutismus; der Staat wurde ein Herrschaftsinstrument zur Niederhaltung und oewollten Ausrottung der einen, zur Sicherung der politischen Macht für die anderen; es gab keine rechtliche Gleichheit, keine Unparteilichkeit der Verwaltung; schwere Gewalttaten blieben systematisch ungeahndet, wenn sie gegen mißliebige Staatsbürger gerichtet waren. Daß in diesem wüsten staatlichen Trümmerfeld schließlich kein anständiger Mensch mehr seines Lebens sicher ist, haben nunmehr auch diejenigen ausdrücklich erkannt, die die unabwähbare Verantwortung für diese Zustände zu tragen haben.

Kann es da für jeden einigermaßen denkenden Bürger dieses Staates noch einen Zweifel geben, ob er sein Wohl und Wehe wiederum diesen schiffbrüchigen Männern und Parteien anvertrauen kann?

Aber Bayern ist zum Land der unbegrenzten Möglichkeiten geworden. Die fortgeschrittenen inneren Wirren, die mehr als einmal zum Vergleich mit den merkanischen Wildwestländern herausforderten, haben nicht durch den bayerischen Hochverrat vom November 1923 und seine komische Blaudruckeins so allgemeine Verwirrung der Volksseele geschaffen, daß weiten Kreisen jede Fähigkeit für ein würdevolles, verständnisvolles Urteil abhanden gekommen ist. Der Prozeß gegen die Hochverräter hat nicht etwa stärend und reinigend gewirkt, wie das in jedem anderen Land der Welt der Fall gewesen wäre, im Gegenteil: die Hakenkreuzler sind rabiater und unternehmungslustiger denn je, die Schilfbuchspartei der Verantwortlichen durch die politischen Säuberungen eines Ludendorffs gerettet, während der Masse der Mitläufer durch die sich überwälzenden Ereignisse jeder Wunsch ins Freie verpufft ist. So kann es denn auch nicht Wunder nehmen, daß nicht weniger als 18 Wahlvorschläge auf die kaum 4 Millionen Wahlberechtigten losgeschleudert sind. 15 Parteien und Gruppen haben eine geradezu babylonische Verwirrung unter den Wählerkreisen angerichtet, während die sozialistische Arbeiterklasse infolge der vier Jahre andauernden Unterdrückung in der Hauptmasse von Verwirrung befreit ist. Gegenüber der feststehenden Sozialdemokratie vermag der Moskauer Radikalismus nur schwer Boden zu gewinnen, während dem fünfjährigen Hochverrat der Unabhängigen in München und in Nürnberg kaum ein anderer Erfolg als ein ungenügender Stimmenertrag am Sozialismus beschieden sein dürfte.

Nach den Berichten aus allen Landesteilen ist die Stimmung unter der Parteigenossenschaft eine ganz vorläufige; die Versammlungen waren zum allergrößten Teil sehr gut besucht, ja im reaktionären verachteten Oberland oft genug geradezu überfüllt. In der Diskussion stellten sich in der Hauptmasse nur Hakenkreuzler und da und dort ein Kommunist, ohne daß es ihnen auch nur in einer einzigen Versammlung gelungen wäre, Stimmenerfolge zu erringen. Freilich wird man sich davor hüten müssen, diese Situation zu überschätzen; denn bei aller Gesinnungstreue und unerschütterlicher Mithierheit der Parteigenossen wird auch der Erfolg bei dieser Wahl durch das Heer der Mitläufer entschieden. Dabei ist wohl damit zu rechnen, daß in gewissen Landesteilen diese Mitläufer dem bayerischen Volk zufallen werden, nämlich dort, wo eben die Wähler seit Jahr und Tag ihre Hauptopposition entsetzt haben, so vor allem in München selbst, denn im Chiemgau, in Nürnberg und in vielen Teilen von Oberfranken, die für den „Marsch nach Berlin“ als Hauptstütze und Stoppengebiet dienten. Diese Sorte von Mitläufern rekrutiert sich aus allen Schichten der Bevölkerung, der größere Teil entstammt aber doch wohl dem Gebiete der bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen. Besonders die letzteren werden darunter am meisten zu leiden haben und es wird ihnen kaum gelingen, diesen Verlust durch ihre Mithier mit den vaterländischen Verbänden des fremdwärtigen Professors Pauer wettzumachen. Die Gefahr, die der Bayerischen Volkspartei aus der röstlichen Agitation droht, wurde durch die tölpelhaften Rührstampfparolen der „Preußen“ Ludendorff teilweise wieder gebannt. Kaum war diese aus dem Reichssaal in der Amerikanerstraße hinausgedrungen, als es auf den beklammerten Gesichtern der vorkommlichen Wahlregisseure ausfuchete und alsbald eine Propagandastut sondergleichen in die wankenden Reihen der Rekruten sich ergoß. So wurde in letzter Stunde das Gleich-

Die Streikgefahr bei der Reichsbahn.

Das Reichskabinett immer noch unschlüssig.

Wenn die Streikbewegung der Eisenbahner bis jetzt keinen größeren Umfang angenommen hat, so nicht etwa deshalb, weil die Eisenbahner, die sich bisher noch nicht daran beteiligten, mit ihren Löhnen zufrieden wären. Vielmehr ist dies dem Einfluß der Organisationen zuzuschreiben, die ihre Mitglieder auf den Verhandlungsweg verwiesen, den die Gewerkschaftsvorstände zunächst gehen müssen. Wahrscheinlich wäre die Bewegung schon beigelegt, wenn das Reichskabinett den Vereinbarungen sofort zugestimmt hätte. Doch kann sich die Regierung offenbar nur sehr schwer dazu entschließen. Das Reichsoberlehrministerium hat die Verhandlungsvertreter zu heute nachmittag 3 Uhr nochmals zu Verhandlungen eingeladen. Worüber jetzt noch verhandelt werden soll, ist den Verhandlungen unbekannt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hat zu morgen Sonntag seinen Beirat aus dem Reich zusammenberufen, um je nach dem Stand der Dinge zu entscheiden. Auch die übrigen Verbände sehen sich vor entscheidende Beschlüsse gestellt. Es wird also wesentlich von den neuesten Verhandlungen im Laufe des heutigen Nachmittags abhängen, ob der Friede im Betriebe der Reichsbahn wieder hergestellt oder aber die Streikbewegung eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. Die Gefahr einer katastrophalen Auswirkung der Streikbewegung ist noch keineswegs beseitigt.

Der Stand des Streiks an den einzelnen Orten ist unverändert.

Kurz vor Redaktionsschluss traf noch folgende amtliche Mitteilung ein:

Das Reichskabinett hat sich heute in längerer Beratung mit dem vorläufigen Verhandlungsergebnis der Lohnregelung bei der Reichsbahn befaßt. Der dringlichste Lohnrückgang konnte aus währungs- und allgemein wirtschaftlichen Gründen nicht zugestimmt werden. Auf Grund eines neuen Vermittlungsvorschlages, der den Wünschen der Arbeiter, sowohl es die Rücksicht auf die allgemeine Lage irgend gestattet, entgegenkommt, sollen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Hamm über die Wirtschaftslage.

Der Reichswirtschaftsminister Hamm äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ über den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Er führte hierbei u. a. aus:

Da und dort glaubt man in- und außerhalb Deutschlands, daß die deutsche Wirtschaft wieder einmal einen Gefahrenpunkt überschritten und eine Aufwärtsbewegung eingeschlagen habe. Ich sehe die Lage sehr viel ernster an. Wir erleben zwar gegenwärtig einen gewissen Aufschwung der Volkswirtschaft in manchen Teildisziplinen und Schulwaren; das erklärt sich einmal aus dem Notbedarf von Millionen Kaufkraften, die das Notwendigste verloren haben, zum anderen aus einer verständlichen Kaufkraftbreiter Schichten, die auch über den Notbedarf hinaus nun wieder an Ware und Beschäftigung streben wollen. Beides kann nicht lange nachgehenden Kaufkraft alsbald wieder der auch für die Produktion notwendigen Sparmaß Weg macht.

Nach diesen Äußerungen zu urteilen, scheint der Reichswirtschaftsminister der Ansicht zu sein, daß der innere Markt noch zu kaufkräftig sei. Diese Ansicht stimmt zwar mit der Auskehrungspolitik der Regierung überein, die alle Kräfte der „Sanierung“ der wertvollen Bevölkerung auflegt und die den Arbeitern, Angestellten und unteren Be-

amten gezahlten Hungerlöhne zu verewigen sucht; sie läuft aber jeder volkswirtschaftlichen Einsicht zuwider, nach der die Hebung der Produktion und damit der Wiederaufbau der Wirtschaft nur möglich ist, wenn die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung durch Erhöhung der Löhne und Gehälter gesteigert wird.

Dänemark und die deutsche Selbstökade.

Kopenhagen, 4. April. (M.) Die enorme Besteuerung der deutschen Auslandsreisenden hat hier das größte Aufsehen erregt. Alle Zeitungen besuorn die Maßnahme, die besonders den dänischen Anteilsteuern große Verluste zufügen wird. In der „Berlingske Tidende“ schreibt man: Es ist zu beklagen, weil eine jede Einschränkung in dem Verkehr zwischen den Völkern ein kulturelles Minus ist. Wir sind überzeugt, daß die deutschen Touristen mit einem guten Empfang bei uns hätten rechnen können.

Das englische Mieterschutzgesetz.

London, 4. April. (M.) Unterhaus. Clynnes gab heute eine Erklärung in der Angelegenheit der Bestimmungen über die Mietzahlungen Arbeitskräfte ab, die am 2. April erörtert worden war. Er sagte, die Regierung habe beschlossen, den Abfall, gegen den Einwendungen erhoben würden, in dem Sinne abzuändern, daß die örtlichen Behörden zunächst die Kosten tragen sollen. Die Frage, ob die britischen Behörden dann aus Staatsmitteln Erfolg erhalten sollen, werde später erwogen werden.

Diese Erklärung wurde von Konservativen und Liberalen mit Zustimmung aufgenommen. Seitens der Arbeiterpartei erhob sich einiger Protest, da die britischen Behörden solche Kosten nicht zu tragen vermöchten. Die Frage wird am 7. April weiter verhandelt werden.

Die Nachgiebigkeit des Ministers Clynnes in der Frage des Mieterschutzes wird am heftigsten von der schottischen Gruppe der Arbeiterfraktion angegriffen. Vor allem ist es der Abgeordnete David Kirkwood, der sich durch sein radikales Auftreten bereits im vorigen Unterhaus bekannt gemacht hatte und von dem es bereits verschiedentlich hieß, er werde zu den Kommunisten übergehen, der der Regierung vorwirft, sie unterscheide sich in nichts von einem konservativen Kabinett und kapituliere bei jeder Gelegenheit vor der bürgerlichen Mehrheit.

Markgefährdung im Ausland.

Die Börse sucht Auslandsvertrie.

Umlaufende Gerüchte von einer Unterminierungstätigkeit gegen die Rentenmarkt haben sich als ziemlich aufgekauft herausgestellt. In Börsenkreisen steht man diesen Nachrichten skeptisch gegenüber. Jedoch besorgt dagegen betrachtet man die Bewegung der Papiermarkt im Ausland, wo auch am gestrigen Tage ein weiterer Rückgang zu verzeichnen war. Man bringt diesen Rückgang in Zusammenhang mit den geringen Zuteilungen am deutschen Devisenmarkt und weist darauf hin, daß bei einer Zuteilung von nur 1 Prozent der Industrie usw. 99 Prozent ihres Geldes nutzlos bei der Bank liegen lassen müßte und häufig dazu übergehe, die dadurch entstehenden Zinsverluste, um in einer Höhe von 7-10 Prozent auf die Waren aufzuschlagen. Diese indirekte Erhöhung der Devisenkursrate könne selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Kursgestaltung der Markt im Auslande d'eiben.

Inmerhin hofft man von der nun für die nächste Woche unmittelbar bevorstehenden Gründung der Goldkreditbank eine Besserung und Entspannung und hält mit den Ansprüchen am Devisenmarkt etwas zurück. Im übrigen wies der Devisenmarkt heute keine nennenswerten Veränderungen auf.

Die Lage am Effektenmarkt am heutigen Börsenfreitag zeigte sich verhältnismäßig günstig. Die Kaufkraft des Publikums habe sich wohl im Hinblick auf die am Montag in Kraft tretende Erhöhung der Börsenumschlagsteuer bemerkenswert gesteigert, während die Verkaufskräfte auf ein Minimum zusammengeschrumpft sind. Auch die Spekulation nimmt in Erwartung einer festen Monatsabgabe schon heute im Verkehr von Bureau zu Bureau eine gewisse Ruhe vor. Besonders Interesse herrscht im Zusammenhang mit den schwachen Markmeldungen für Auslandsvertrie. Auch rheinische Vertrie waren stark gesucht.

gewicht der Bayerischen Volkspartei einigermaßen zurückgewonnen.

Ein anderer Gegner, der ihr aber in gewissen Landbezirken Oberbayerns, Niederbayerns und Schwabens diesmal wieder schwer zu schaffen macht, ist der Bayerische Bauernbund des ehemaligen Koalitionsbruders Wuzlhofer, der von jeher auf große staatspolitische Ziele verzichtet und sich beschränkt auf die engbegrenzten Sonderinteressen gewisser klein- und mittelbäuerlicher Kreise antiliteraler Färbung. Die zusammen mit dem in Franken etwas eingetragenen Deutschen Bauernbund zum Deutschen Bloß vereinigten Demokraten haben zweifellos einen sehr schweren Stand, trotzdem sie durch die Schaffung zweier Tageszeitungen („Morgenpost“ in Nürnberg und „Allgemeine Zeitung“ in München) noch im letzten Augenblick einen anerkanntwertigen Kampf gegen die bayerische Reaktion aller Schattierungen aufgenommen haben.

Der alte Landtag zählte insgesamt 158 Abgeordnete, während der neue bekanntlich nur mehr 128 umfaßt. Diese Verminderung ist bei dem Vergleich mit dem Ergebnis vom kommenden Sonntag natürlich zu berücksichtigen. Ein unverfälschtes Bild ergibt sich wohl am besten dadurch, daß man unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung die Zahl der Stimmen bzw. den Prozentsatz der für die einzelnen abgegebenen Stimmen einander gegenüberstellt. Bei der Wahl 1920 erhielten von insgesamt 2 967 869 Wahlberechtigten

Bayer. Volkspartei	1 168 896 (39,4 Proz.)	Stimmen u. 63 Abg.
Sozialdem. Partei	486 528 (16,4 „)	41 „
U.S.P.	383 614 (12,9 „)	11 „
Kommunisten	51 602 (1,8 „)	7 „
Mittelpartei (Deutschnat.)	401 936 (13,5 „)	20 „
Deutsche Volkspartei	240 375 (8,1 „)	13 „
Demokraten	234 918 (7,9 „)	12 „

Zu berücksichtigen ist außerdem noch, daß in der Pfalz auch für den Landtag erst am 4. Mai gewählt wird. Im letzten Landtag war die Pfalz mit 17 Abgeordneten, nämlich 6 Sozialdemokraten, 5 Deutsche Volkspartei, 4 Bayerische Volkspartei und 2 Demokraten vertreten.

Am 6. April entscheiden die bayerischen Wähler aber nicht nur für den Landtag, sondern auf Grund des bekannten Volksbegehrens auch für oder gegen den Willen der im bisherigen Landtag vereinigten Reaktionsparteien, ob nämlich der neue Landtag die Aenderung der Bamberger Verfassung mit einfacher Mehrheit vornehmen soll. Die reaktionären Ziele dieser Verfassungsänderung sind bekannt: Einführung des Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer. Soll dieser Volksentscheid von Erfolg sein, so müssen verfassungsgemäß zwei Drittel der abgegebenen Stimmen dafür lauten. Rechnet man also mit einer Wahlbeteiligung von 75 Proz., so müßten nicht weniger als 2 Millionen mit Ja stimmen, eine Zahl, die die Bayerische Volkspartei und die „Bereinigte nationale Rechte“ in Gegnerschaft zu sämtlichen übrigen Parteien bestimmt nicht aufbringt. Das ergibt sich auch schon aus dem Resultat des Volksbegehrens. Dieser voraussichtliche Mißerfolg dürfte der Bayerischen Volkspartei im übrigen nicht einmal so ganz unwillkommen sein; denn bei der voraussichtlich bunten Zusammensetzung des neuen Landtags, dessen Tätigkeit von einer unberechenbaren Gefühlspolitik beherrscht sein dürfte, könnte die Möglichkeit einer Verfassungsänderung mit einfacher Mehrheit die Bayerische Volkspartei vor recht unangenehme Ueberraschungen stellen.

Dutsch oder Parlamentarismus?

Die Völkischen am Scheideweg.

Der Führer der Völkischen in Thüringen, Dr. Artur Dinter, der jüngst eine Kriegserklärung gegen „die Unbequemlichkeit der gegenwärtigen Berliner Leitung“ veröffentlichte, entwickelt heute in der alldeutschen „Deutschen Zeitung“ sein Programm. Herr Dinter hat große Hoffnungen im Kopf, er glaubt nämlich, daß die Deutschnationalen und die Völkischen

zusammen im neuen Reichstag eine beherrschende Stellung einnehmen und „die Marginalien von Stresemann-Marx bis zu den Kommunisten“ — die Redensart ist bezeichnend — in die Minderheit drängen könnten. Er will im Reichstag ein „völkisches Kartell“, das freilich zur Voraussetzung hat, daß die Deutschnationalen sich für eine „grundstürzende soziale Neuordnung“ erklären und großkapitalistische Führer wie Hergt und Helfferich kaltgestellt werden.

Interessant ist, daß Dinter in diesem Zusammenhang eine scharfe Erklärung gegen den Rutschismus und für die Legalität abgibt. Er schreibt nämlich:

Darüber aber sind sich alle Führer der beiden vereinigten Parteien (Völkische und Nationalsozialisten) klar, daß — nachdem der Versuch, das völkische Großdeutschland im Verein mit den legalen Staatsgewalten Bayerns in einer einzigen Nacht aufzurichten, gescheitert ist —, daß nunmehr die Zeit für eine gewaltsame Verwirklichung der völkischen Großziele ein für allemal vorbei ist. Die ungeheure Energie der bayerischen Nationalsozialisten wird sich nunmehr in rein geistige streng legale Kräfte umsetzen, ohne daß sie deswegen auch nur im geringsten den praktischen Begehren aufgeben wird; sie wird nach wie vor der Träger der Wiederbelebung deutscher Begehrtheit sein und bleiben. Auch die bayerischen Nationalsozialisten werden nunmehr in die Parlamente einziehen. Diese Tatsache im Verein mit der Tatsache, daß nunmehr auch die Deutschnationale Volkspartei sich rein völkisch einzustellen beginnt, eröffnet ganz neue Aussichten zur Verwirklichung der völkischen Großziele.

Diese neuen Aussichten erblickt Dinter eben in der erhofften Möglichkeit einer „völkisch“ eingestellten Reichstagsmehrheit. Wenn er sagt, alle Führer seiner Partei seien in diesem Punkt seiner Meinung, so steht das in offenkundigem Widerspruch zu seiner neuartigen Erklärung gegen die „Unbequemlichkeit der gegenwärtigen Berliner Leitung“. Es wäre sehr unvorsichtig, an die Befehrung der Völkischen zur Legalität, das heißt zur Verfassungs- und Gesetzestreue zu glauben.

Immerhin zeigt der Vorstoß Dinters, daß das Problem „Rutschismus oder Legalität?“ auch für die äußerste Rechte akut geworden ist.

Wer Preußen zerschlägt, zerschlägt das Reich

Eine Rede des Ministerpräsidenten Brauns.

Hannover, 4. April. (W.F.) In einer vom Ortsverein Hannover der Sozialdemokratischen Partei am Freitagabend in der Stadthalle veranstalteten öffentlichen Versammlung erklärte der preussische Ministerpräsident Brauns u. a., der jetzt bestehende Dualismus des großen preussischen Verwaltungskörpers und des Reiches könne nicht aufrechterhalten bleiben. Eine Neuorganisation sei dringend, dürfte aber nicht geschehen durch eine Aufteilung Preußens. Es sei ein ganz falscher Weg, durch die Zerschlagung Preußens zur Einheit des Reiches kommen zu wollen. Wer Preußen zerschlägt, zerschlägt damit auch das Reich. Wer einer Aufteilung Preußens das Wort erteile, bringe uns wieder in das Elend der Kleinstaaterei und der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht. Er verstehe und würdige durchaus die Gefühle der Altanhänger und Niederländer. Was aber war, gehöre der Geschichte an. Wer am Abstimmungstage den parlamentarischen Eigenbröttern folge, besorge, wenn auch ungewollt, die Geschäfte der erbittertesten Feinde Deutschlands, die ja in der Zerschlagung Preußens — Deutschlands ihr Endziel sähen.

Völkisch-Kommunistische Wahlschlacht.

Stuhlbeine, Handgranaten und scharfe Schüsse.

Frankfurt a. M., 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Gestern Abend fand im hiesigen Hippodrom eine deutschvölkische Wahlversammlung statt, in der Wulle eine Rede hielt. Der Versammlungsleiter unterbrach die Diskussion, worauf im Saal ein großer Tumult entstand. Kommunisten und Deutschvölkische gingen sich bewaffnet zu Leibe. Im Augenblick war der Saal in ein würes Kampffeld verwandelt. Von der Galerie wurden mehrere Stühle in den Saal hinuntergeschleudert; auch

wurden Handgranaten geworfen, wodurch eine große Anzahl Schwerverletzte entstand. Die Schutzpolizei räumte unter scharfen Schüssen den Saal. Unterdessen ging der Tumult noch weiter. Zahlreiche Verwundete wurden forttransportiert und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Reichsbahn und Reparationen.

Eine Rede des Reichsverkehrsministers Deser.

Reichsverkehrsminister Deser sprach gestern in der Handelskammer über die Entwicklungsfragen der Reichsbahn und ging dabei auch ausführlich auf die Reparationsfrage ein. Er erklärte, die Reichsbahnverwaltung habe ihre Politik stets so eingestellt, daß die Reichsbahn im Mittelpunkt jeder Lösung der Reparationsfrage stehen werde. Voraussetzung dafür sei aber, daß die Reichsbahn die Verantwortung für ihre Maßnahmen voll tragen könne und von jedem äußeren Zwang frei bleibe. Die zweite Voraussetzung sei, daß die Verwaltung der Rhein- und Ruhrbahn wieder frei in die Hände des Deutschen Reiches übergehe.

Ohne Rhein und Ruhr, so fuhr der Minister fort, wird die deutsche Wirtschaft niemals reparationsfähig werden. Das haben auch die Sachverständigen, sogar der französische Vertreter, zugegeben. Wenn die Reichsbahn aber reparationsfähig werden soll, gebraucht sie auch ihrerseits ein Moratorium. Schon die Notwendigkeit, die Reichsbahn mit den Rhein- und Ruhrbahnen wieder zu vereinigen, macht Wünsche und betriebliche Vorgänge notwendig, die ohne eine Atempause nicht vor sich gehen können. Da die Reichsbahn in volldem Maße ein Konjunkturgewerbe ist, muß sie ferner die Möglichkeit haben, einen Ausgleichsfonds zu bilden, um so mehr, als Zeitungsmeldungen zufolge die Reparationskommission eine Verkehrssteuer plant, die sich auf den Personen- und Güterverkehr erstreckt. Diese Verkehrssteuer wäre für die Reichsbahn ein ausgleichender Faktor gewesen, sie ist für den Reichsverkehrsminister unentbehrlich, um sein Budget in Ordnung zu halten. Wenn von der Reparationsseite her diese Verkehrssteuer beansprucht wird, so muß dafür in irgendeiner Form ein Ausgleich in einem anderen Ausgleichsfaktor geschaffen werden.

Unentzerrlich wäre es, wenn die gesamte Arbeit der Reichsbahn nur auf Reparationskonto gutgeschrieben würde und keine Möglichkeit gäbe, daß das Deutsche Reich aus der Reichsbahn noch einen Rest von eigenen Einnahmen haben würde. Man müsse auf alle Fälle für den technischen Fortschritt und für Investitionen einen Fonds übrig behalten. Das ist auch im Interesse der Gläubiger der Reichsbahn erforderlich. Wenn die Reichsbahn Obligationen im Betrag von 11 Milliarden Mark ausgeben soll, so ist das eine Summe, wie sie noch niemals in der Welt untergebracht wurde. Das ist nur möglich, wenn der Zinsendienst der Obligationen dauernd gesichert ist. Bei einer schwankenden oder unsicheren Zinszahlung würden die Obligationen unrentabel bleiben. Auch aus diesem Grunde muß das Reich verlangen, daß die Lasten und die Leistungen der Eisenbahn in einem entzerrlichen Verhältnis gehalten werden, damit eine Dauerlösung gelingt.

Der heutige Zustand der Reichsbahn, so äußerte der Minister, ist an sich gesund. Wenn die Reparationsfrage der Reichsbahn diese Gesundheit nicht wieder nimmt, dann kann man der nächsten Zukunft mit einiger Zuversicht entgegensehen, und die Reichsbahn kann ihr Teil zur Lösung der Reparationsfrage beisteuern.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die Einberufung des fünften allgemeinen Kongresses zum 5. Juni dieses Jahres beschlossen. Als Ort der Tagung ist Moskau bestimmt. Vorher wird eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees, und zwar am 25. Mai, stattfinden. Die Tagesordnung des Kongresses enthält u. a. folgende Punkte: Die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale, die Stellung des Kommunismus zur Nationalitätenfrage, die revolutionäre Bewegung in den asiatischen Kolonialländern.

Wachoppe Ernennung für Berlin. Offiziell wird mitgeteilt, daß der Generalmajor Wachoppe zum englischen Vertreter für die internationalisierte Kontrollkommission in Berlin ernannt worden ist.

„Geyfir“.

Der Kriegsgott schläft zurzeit.

Schläft und träumt. Und in seinen Träumen tanzen Blausäuregase, 50-Kilometer-Geschütze, Panzeracetone mit Maschinengewehren einen rotenden Reigen. Und dann kommt der Höhepunkt seines Traumes: Phosphor.

Schweden, das der Welt das Dynamit schenkte — und damit unendlichen Segen und unendlichen Fluch, schenkte der Welt noch dem Kriege die Phosphorbombe. Und Amerika, das Land Wilsons und der Reichlichen Street Worts, das Land der Friedensvermittlung und der Steigerung der Gaskampftechnik zur Hölle, bemächtigte sich der neuen Ausgeburt des Mordfinnens. Und seine Journalisten verkünden als neueste Sensation: Eine Phosphorbombe verbrennt eine ganze Kompagnie — Phosphor brennt durch alle Körper hindurch, durch Fleisch und Knochen — Phosphor ist unlöslich — 1000-Kilo-Phosphorbomben in Anfertigung — ein Flugzeug-geschwader vernichtet in einer halben Stunde mit Phosphorbomben eine Stadt wie New York!

Die Kriegsmilitär der Welt hören es und ordnen an: Sofortige Versuche mit Phosphorbomben sind anzustellen.

Der Kriegsgott wachelt im Schlaf und träumt weiter von Phosphorbomben, 1000, 2000, 5000 Kilo schwer. Seine Träume heißen Proben auf den Militärübungsfeldern der Welt. Aber als er sich im Triumph seines Phosphorrauches regte, hieß es, daß eine Uebung ernst wurde — das war die Geyfirkatastrophe.

Im Kopenhagener Marinehospital liegt ein rundes Dutzend Menschen, Marineingenieure und Marineoffiziere, Blonieroffiziere und Gemeine. Liegen da mit Gefächtern, denen das Fleisch von den Gebeinen gedrannt ist, mit ausgelassenen Augen, mit tiefen Brandwunden an den anderen Gliedern. Liegen nun bald ein Jahr und ein englischer Spezialist für Ansehung neuen Fleisches bemüht sich zurzeit in 1—2stündigen Partien, deren Gefächtern wieder eine Spur von Menschenähnlichkeit zu geben.

Der Kriegsgott hatte sich nur bewegt, im Traum, nur eine 10-Kilo-Phosphorbombe war es, vor einem Zuschauerkreis unformalelegant Offiziere, die im Mai vorigen Jahres auf dem dänischen Kreuzer „Geyfir“ die Wirkung einer Phosphorbombe zur „Ermittelung“ bewundern wollten.

Der Kriegsgott aber lächelte im Traum und die Bombe explodierte, die Zuschauer mit brennendem Phosphor besprühend. Ueber 100 Menschen erlitten Brandwunden, einer quälte sich in acht peinlichen Tagen zu Tode und fast ein Dutzend liegen noch im Marinehospital von Operation zu Operation.

Der Kriegsgott träumte nur von den Waffen des nächsten Krieges, er rührte sich nur im Schlaf — aber die Militärärzte aller Länder arbeiten fieberhaft, seine Träume zu verwirklichen. Denn fürchterlichen Augenblicke auf dem Kreuzer „Geyfir“ waren ein „Ver-

sehen“ — wehe der Welt, wenn sie dieses „Versehen“ zur bewußten Tat erhebt, wehe, wenn die Weltgeschichte mit Blausäure und Phosphorbomben geschrieben wird — der Weltkrieg wird eine einzige „Humanitätsdusel“ gegen diese Schrift sein. Sautus.

Der Fall Leo Blech. Die Generalversammlung der Deutschen Opernhaus-Gesellschaft, die am Freitag stattfand, hat die erhoffte Klärung über den Abgang Leo Blechs vom Deutschen Opernhaus nicht gebracht; die Verwaltung und die hinter ihr stehende Majorität der Aktionäre, die vom Großen Opernverein gebildet wird, verschanzte sich hinter den formalen Vorwand, daß die Differenzen mit Blech nicht in das abgelaufene Geschäftsjahr fielen und daher eine Debatte darüber nicht zulässig wäre. Auch der dunkle Punkt, weshalb der Generaldirektor Gruber-Guntram gehen mußte, wodurch Blech zu seiner Demission veranlaßt wurde, blieb ungeklärt. Die opponierende Minorität der Aktionäre, die im Interesse des weiteren Gedeihens des Deutschen Opernhauses immer wieder versuchte, eine Klärung herbeizuführen, wurde niedergestimmt und mußte sich mit zu Protokoll genommenen Protesten begnügen.

Der Generaldirektor Gruber-Guntram, von dessen weiterer Mitwirkung Leo Blech sein Bleiben abhängig macht, ist mit 66 500 M. abgefunden. Leo Blechs Kündigung ist nicht angenommen, da die Gesellschaft nicht anerkennen will, daß künstlerische Gründe dafür vorliegen, sie vielmehr ihn in allen seinen Vollmachten bestätigt. Der Generalmusikdirektor ist anderer Ansicht, und so wird ein Prozeß die Streitfrage erwidern müssen. Die Öffentlichkeit aber hat ein Interesse daran, daß diese ganze Klängeleiwirtschaft aufhört. Das Deutsche Opernhaus gehört bekanntlich der Stadt Charlottenburg, die gegen die Betriebsgesellschaft auf Klärung gelangt hat, weil sie die Vertragsbedingungen nicht innehält. Der Prozeß kann natürlich noch lange hinausgezogen werden, und inzwischen kann der Bergwerksdirektor Altmann, der die Mehrheit der Aktien hinter sich hat, weiter als Vorsitzender des Aufsichtsrats wirken, obwohl Herr Blech (wie vorher schon Herr Hornmann) außerordentlich bedauerliche Angriffe gegen ihn gerichtet hat. Es ist ein betriebländisches Schauspiel, daß die Stadt Charlottenburg sich dergleichen in ihrem eigenen Hause bieten lassen muß, weil sie sich ihre Rechte darin nicht genügend gewahrt hat.

Das weitere Schicksal des Deutschen Opernhauses ist also vorläufig dunkel, so dunkel wie das merkwürdige Auscheiden und die Rolle des bisherigen Generaldirektors Gruber oder das geheimnisvolle Warten des Herrn Wittmann hinter den Kulissen. Da auch die Zukunft der „Großen Volksoper“ bedroht ist, weil sie gegebenenfalls ihr Haus verliert, sprechen die Konjunkturpolitiker bereits von einer Fusion des Opernhauses und der Volksoper unter der Leitung Kempfers, der ja bereits für die Volksoper engagiert ist.

„Die Leihbühne“ brachte gestern das Lustspiel des Dänen Peter Ransen „Eine glückliche Ehe“ in so ansprechender Form heraus, daß auch hier wieder das oft an anderer Stelle geprüfte Stück zu einem vollen Erfolg wurde. Die Geschichte von dem Liebes-

abwechslungsbunten Weibchen, das ihren verliebten Mann in dem Augenblicke froh und zufrieden macht, wo es ihn zu betrügen beginnt, ist von Ransen mit feinsten Strichführung in lebenswunderlicher Kleinstmalerei zu einem schaffhaften Gemälden dramatisiert, das auf billige Effekte verzichtet und doch Wirkung erzielt. Dabei spielen sich die weiteren Vorgänge wie aus dem Augenblick geboren ab.

Dieser Vorzug des Aufspiels hatte den Regisseur Emil Geyer bei seiner Inszenierung geleitet. Nichts schien gemacht oder konstruiert. Die Darsteller waren keine Schauspieler, sondern natürliche Menschen. Allen voran die reizende Käthe Haack, die als unbefriedigte, gereizte und maulende Gattin ebensoviel Ammut und Schelmerei entwickelte wie als übermütige, spühendes Frauchen, das sich alljährlich mit entzerrlicher Unbefangenheit einen neuen Liebhaber zuweilt. Jakob Liedtke war der glücklich gewordene hintergangene Ehemann, ein Urbild der dümmlichen Gutmütigkeit, solchen Bescheidenheit und hausdadernen Gemütsigkeit. Arthur Schröder, der erste Liebhaber seiner Frau, mit weimännlicher Eleganz und weisamerlichem Böheln, und nicht zu vergessen Euseb Reg, der Schauspieler, der die Herzen der Zuschauer sofort gewant. Hier spielt er einen lauten, pöhligen zweiten Hausfreund, dessen Schmerz, als auch er keinen Platz einem Nachfolger überlassen mußte, komisch und erschütternd zugleich war, kurz, ein lieber, herziger Sings. Dgr.

Eine Ursache der Blinddarmentzündung. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Entstehung der Blinddarmentzündung liefert ein junger Arzt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Ihm war die Häufung von Fällen in gewissen ländlichen Bezirken Hannovers und Oldenburgs aufgefallen. Er vermutete, daß die Blinddarmentzündung durch eine Schädigung zustandekomme, der die Bevölkerung gemeinsam ausgesetzt sei. Er ließ sich daher die aus dieser Gegend stammenden, bei der Operation gewonnenen Wurmfortsätze zur Untersuchung senden und entdeckte in den meisten ein Samenform der Kornblume, mit der das Getreide in Hannover und Oldenburg stark verunreinigt ist. Die Samenkörner sind sehr spitz und haben am vorderen Ende kleine, nach hinten gerichtete Borsten. Gelangt ein solches Korn, das sich im Schwarzdarm oft unzermahnt vorfindet und unverdaut ist, einmal in den Wurmfortsatz, so kann es infolge der Borsten nicht mehr zurück. Es wird durch die Darmbewegungen nur noch weiter vorgeschoben, bohrt sich mit der Spitze in die Schleimhaut ein und verursacht so die Entzündung. Der junge Forscher ist der Ansicht, daß diesem Gebilde die mehr die Schuld an der Entstehung der Blinddarmentzündung beizumessen ist als Spulwürmern, Jahrbürstenborsten, Kirchtürmen und anderen organischen und anorganischen Fremdkörpern.

Schauspieler der Woche. Mont. Künstlerbeate: „Drei Einakter“. Dienst. Bühnenbau: „Der Kaiser der Welt“. Freitag. Redensbeate: „Dintemann“. Sonnab. Deutsches Theater: „Die Rabin von Toledo“. Schloßparktheater: „Raiserplatz“. Staatsoper: „Die tote Stadt“.

Opernvorzüge. Theater. Sonntag, 11. 5. 7 u. 9 Uhr: „Der Wallfänger“. Montag, 12. 5. 7 u. 9 Uhr: „Phyrrus und Sappho“. Dienstag, 13. 5. 7 u. 9 Uhr: „Rauhe der Ostsee“. Dienst. 9 Uhr: „Richard II.“. Mittwoch, 14. 5. 7 u. 9 Uhr: „Die Wälder der Wälder“. Donnerstag, 15. 5. 7 u. 9 Uhr: „Die deutsche Heide“. Donnerstag, 15. 5. 7 u. 9 Uhr: „Die deutsche Heide“. Donnerstag, 15. 5. 7 u. 9 Uhr: „Die deutsche Heide“.

